

# Antrag

**Initiator\*innen:** Bundesvorstand (dort beschlossen am: 02.05.2025)

**Titel:** **Zukunft mit links – Schluss mit der schwarz-roten Nullrunde für Studis!**

---

## Antragstext

1 Die neue schwarz-rote Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD steht für einen Kurs  
2 der sozialen und politischen Rückschritte – und damit gegen die Interessen der  
3 jungen Generation. Unter dem Deckmantel von „Verantwortung“ und Stabilität  
4 bereitet dieses Bündnis einen sozialen Kahlschlag vor, der auch Studierende  
5 trifft. Die anvisierten Vorhaben der Koalition um Merz gefährden akut  
6 studentische Lebensrealitäten, Bildungsinvestitionen, soziale Infrastruktur und  
7 konsequenten Klimaschutz.

## 8 Strukturelle Unterfinanzierung von Hochschulen

9 Hochschulen werden strukturell unterfinanziert, was sich in der Einstampfung von  
10 Studiengängen, mangelhafter Ausstattung, prekären Arbeitsbedingungen  
11 insbesondere auf Ebene der wissenschaftlichen Mitarbeitenden und studentischen  
12 Hilfskräften sowie vielem mehr niederschlägt. Diese Politik ignoriert die  
13 Realität junger Menschen und verstärkt das Gefühl politischer Entfremdung.

14 Insbesondere die rechten Kürzungspläne in den Landeshaushalten – aktuell  
15 besonders in Brandenburg und Sachsen – öffnen rechtsextremen Kräften Tür und  
16 Tor, um gezielt Einfluss auf Wissenschaftsfreiheit und Bildungszugang zu nehmen  
17 und die offene, freie Hochschullandschaft nachhaltig zu gefährden.

18 Campusgrün stellt sich dieser Politik entschlossen entgegen. **Eine Zukunft gibt**  
19 **es nur mit uns**, mit Investitionen in Bildung, soziale Gerechtigkeit und  
20 Klimaschutz – nicht mit dem Rotstift von Union und SPD. Statt Sparpolitik

21 braucht es eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung sowie faire  
22 Arbeitsbedingungen an Hochschulen und einen entschlossenen Kampf gegen prekäre  
23 Beschäftigung. Zudem müssen die Studierendenwerke auf Landesebene angemessen  
24 ausfinanziert werden, um eine bedarfsgerechte Unterstützung für Studierende  
25 gewährleisten zu können.

26 Wir plädieren für eine stabile demokratische Finanzierung der Hochschulen,  
27 insbesondere durch Bundesmittel, um rechtsextreme Einflussnahme mittelbar durch  
28 Landesparlamente an Hochschulen zu verhindern.

## 29 **Studieren am Limit - Zeit für echte Entlastung** 30 **statt leerer Versprechen**

31 Studierende befinden sich in einer prekären Lage. Wohnraum in  
32 Universitätsstädten ist knapp und teuer, psychische Belastungen nehmen drastisch  
33 zu und die soziale Ungleichheit im Studium verschärft sich. Doch statt  
34 entschlossen entgegenzusteuern, verschärft **Schwarz-Rot den unsolidarischen**  
35 **Status Quo nochmals und riskiert so das Wohlergehen einer ganzen Generation**  
36 **Studierender**. Ein „Bau-Turbo“ für Wohnheime und Unigebäude ist jetzt durch das  
37 Sondervermögen Infrastruktur möglich - es muss nur umgesetzt werden. Mit Blick  
38 auf die Prioritäten der Koalition um Merz, die gerade nicht den sozialen  
39 Wohnungsbau und den Bildungsinfrastruktur in den Vordergrund stellt, gehen wir  
40 Studierende vermutlich wieder leer aus.

41 Die im Koalitionsvertrag angekündigten Maßnahmen im Bereich der BAföG-Reform  
42 sind zwar ein erster Schritt, greifen aber viel zu kurz und stehen unter  
43 Finanzierungsvorbehalt – de facto ein wertloses Versprechen. Die Summe der zum  
44 Wintersemester 2026/27 einmalig angekündigten Erhöhung der Wohnkostenpauschale  
45 liegt weiter unter der durchschnittlichen Miete für ein WG-Zimmer in den  
46 größeren Universitätsstädten – **ein Tröpfchen auf den heißen Stein!**  
47 **Die Erhöhung ist zu niedrig, nicht angepasst an die tatsächlichen Wohnkosten und**  
48 **kommt deutlich zu spät. Sie lässt eine ganze Generation an Studierenden im Regen**  
49 **stehen und ist Ausdruck politischer Visionslosigkeit. Schwarz-Rot fordert "BAföG**  
50 **statt Bürgergeld" und spielt so arm gegen ärmer aus – in der Realität**  
51 **vernachlässigen sie beide Gruppen.**

52 Besonders alarmierend ist die Ignoranz gegenüber der **psychischen Gesundheit** von  
53 Studierenden. Studien zeigen seit Jahren einen drastischen Anstieg psychischer  
54 Belastungen: Etwa jede:r fünfte Studierende kämpft mit Depressionen,  
55 Angststörungen oder psychischem Druck. Notwendige Mittel für psychologische  
56 Beratungsstellen, Präventionsangebote oder schlicht eine spürbare Entlastung  
57 durch bessere Studienbedingungen fehlen.

58 Campusgrün fordert daher die sofortige Aktivierung des Sondervermögens  
59 „Infrastruktur“ für einen **echten „Bau-Turbo“**, der gezielt in studentischen  
60 Wohnraum und sanierungsbedürftige Hochschulgebäude investiert. Dafür braucht es  
61 klare gesetzliche Vorgaben zur Zweckbindung der Mittel sowie eine Priorisierung  
62 des sozialen Wohnungsbaus statt Symbolpolitik der CDU/CSU-geführten Koalition.

63 Campusgrün drängt auf eine **grundlegende BAföG-Reform**, die das BAföG endlich  
64 elternunabhängig, bedarfsgerecht und krisenfest macht. Die Wohnkostenpauschale  
65 muss sich an ortsüblichen Vergleichsmieten orientieren. Beides muss jährlich  
66 dynamisch angepasst werden – dauerhaft und nicht als Einzelmaßnahmen.  
67 Derzeit haben Studierende keinen Anspruch auf das Existenzminimum. Das führt  
68 dazu, dass BAföG-beziehende Arbeiter\*innenkinder das Studium im Zweifel  
69 abbrechen müssen, weil ihr Einkommen zum Leben nicht reicht. Das  
70 verfassungsmäßig garantierte Existenzminimum muss daher auch für Studierende  
71 gelten.  
72 Die im Koalitionsvertrag versprochene Bindung des BAföG-Satzes an das  
73 Grundsicherungsniveau darf nur ein erster Schritt in eine tatsächlich  
74 armutsfeste garantierte Ausbildungsförderung sein. Merz' Parole, wonach "BAföG  
75 statt Bürgergeld" erhöht werden sollte, verheißt nichts Gutes. Studierende müssen  
76 sich daher mit Erwerbslosen solidarisieren und gemeinsam für die Verbesserung  
77 der  
78 Lebensverhältnisse kämpfen.  
79 Ein Studienabschluss muss für alle Menschen jeglicher sozialen Herkunft offen  
80 sein und darf nicht das Privileg der reichen Oberschicht sein.

81 Wir betonen die Notwendigkeit einer **strukturell und dauerhaft finanzierten**  
82 psychologischen Beratungsstelle an Hochschulen inklusive des Ausbaus von  
83 Präventionsprogrammen und niedrigschwelligen Angeboten. Diese Investitionen  
84 dürfen aber nicht zulasten der Studierenden in Form einer Erhöhung der  
85 Semesterbeiträge führen - vielmehr sind hier Bund und Länder in der Pflicht,  
86 entsprechende Vorhaben über besser ausgestattete Studierendenwerke zu fördern.  
87 Gleichzeitig halten wir eine **Entzerrung des Studienalltags** durch bessere  
88 Studienbedingungen beispielsweise durch mehr Flexibilität, weniger  
89 Leistungsdruck, eine Entbürokratisierung des Prüfungswesens sowie unbegrenzte  
90 Prüfungsversuche für notwendig.

## 91 **Klimapolitischer Rückschritt**

92 **Minimalismus ist ein aufstrebender Trend - und wird im Koalitionsvertrag von**  
93 **CDU/CSU und SPD beim Klimaschutz vollumfänglich gelebt.**

94 Hochschulen tragen als Orte der Bildung, Forschung und Innovation eine besondere

95 Verantwortung im Kampf gegen die Klimakrise. Sie sind neben Wissensträgern und  
96 Ausbildungsorten auch gesellschaftliche Vorbilder. Wenn sie die Klimaneutralität  
97 anstreben, senden sie ein starkes gesellschaftliches Signal und fördern  
98 nachhaltiges Denken bei allen Studierenden. Durch eigene Klimaschutzmaßnahmen  
99 werden Hochschulen zu Reallaboren für praxisnahe Forschung und interdisziplinäre  
100 Lösungsansätze – ein zentraler Beitrag zur technologischen und sozialen  
101 Transformation. Die Transformationsprozesse auch an den Hochschulen erfordern  
102 eine finanzielle Unterstützung, die weder in den Landeshaushalten noch den  
103 Bundshaushalten ausreichend abgebildet ist.

104 Auch in Koalitionen mit bündnisgrüner Beteiligung hat die Transformation der  
105 Hochschulen hin zur Klimaneutralität nicht in genügendem Maße stattgefunden.  
106 Deshalb braucht es neben dem Einsatz für eine breite gesellschaftliche Mehrheit  
107 zu diesem Thema auch ausreichend Druck auf politische  
108 Verantwortungsträger\*innen.

109 Campusgrün fordert die Einführung eines bundesweiten Klimafonds für Hochschulen,  
110 mit dem gezielt Investitionen in Energieeffizienz, Gebäudesanierung, nachhaltige  
111 Mobilität und erneuerbare Energien gefördert werden. Die Mittel aus dem  
112 Sondervermögen „Klima und Transformation“ müssen auch für Bildungsinstitutionen  
113 geöffnet und langfristig abgesichert werden.

114 Campusgrün ruft die Hochschulleitungen auf, ihre **Selbstverwaltungshoheit**  
115 **strategisch für Klimaneutralität zu nutzen**: durch eigene  
116 Nachhaltigkeitsstrategien, Klimabeauftragte, CO<sub>2</sub>-Bilanzen und transparente  
117 Zielvorgaben. Wir werden dabei weiter Druck machen – in Senaten, Räten und  
118 Parlamenten, ASten und weiteren Gremien.

119 Um Studierende sowohl im Hörsaal als auch am Campus für Klimaschutz zu  
120 sensibilisieren, solidarisiert sich Campusgrün mit Students for Future und der  
121 Public Climate School. Wir werden durch die Mitgliedsgruppen vor Ort dafür  
122 kämpfen, dass unsere Hochschulen Vorreiter beim Klimaschutz werden.

## 123 **Den Osten fest im Blick behalten**

124 Ein besonderer Blick gilt Ostdeutschland. In keinem Teil des Landes sind die  
125 Auswirkungen von sozialer Schieflage und politischem Vertrauensverlust so  
126 spürbar wie hier. Jahre der ungleichen Ressourcenverteilung haben dazu geführt,  
127 dass viele ostdeutsche Regionen strukturell benachteiligt sind – geringere  
128 Löhne, weniger Studienplätze und Forschungsinstitute, Abwanderung junger Talente  
129 und eine besorgniserregende Perspektivlosigkeit. Diese Probleme erfordern eine  
130 Regierung, die entschlossen für **gleichwertige Lebensverhältnisse** eintritt - auf

131 Bundes- und Landesebene.

132 In Ostdeutschland wächst der Unmut. Die letzten Bundestagswahlen haben gezeigt,  
133 dass der rechtsextreme politische Rand Zulauf bekommt. In der Altersgruppe der  
134 Erstwähler:innen und Studierenden ist dieser Trend besonders deutlich: 18- bis  
135 24-Jährige haben bei der Bundestagswahl 2025 verstärkt im Osten die AfD gewählt  
136 – ein erschreckendes Zeichen dafür, dass die demokratischen Parteien das  
137 Vertrauen der Jugend verspielen. Insbesondere der **Rechtsruck** bereitet uns große  
138 Sorgen, der sich langsam **auch an Universitäten etabliert**. Neben Burschenschaften  
139 gründen sich erste rechte Hochschulgruppen und versuchen, ihre Themen an der  
140 Universität zu spielen.

141 Campusgrün fordert endlich einen klaren politischen Fokus auf Ostdeutschland und  
142 nicht zuletzt gute Bildung vor Ort. Dafür braucht es gezielte Bundesmittel für  
143 den Hochschulbau und die Sanierung ostdeutscher Standorte, für  
144 Forschungseinrichtungen in der Fläche sowie für Förderprogramme, die ostdeutsche  
145 Perspektiven in Wissenschaft, Verwaltung und Politik sichtbar machen.  
146 Ostdeutsche müssen in Ministerien, Bundesbehörden, Hochschulleitungen und auf  
147 Professuren angemessen vertreten sein. Und wir fordern: eine  
148 unmissverständliche, gemeinsame Haltung aller demokratischen Parteien, aller  
149 Hochschulgremien und aller nachgeordneten Institutionen gegen jede Form von  
150 Rechtsextremismus. Kein Hochschulstandort im Osten darf **Opfer von Sparmaßnahmen**  
151 werden. Bibliotheken, Mensen und Institute müssen erhalten und ausgebaut werden.  
152 **Bildungseinrichtungen in Ostdeutschland brauchen gezielte Förderung statt**  
153 **weiterer Kürzungen**, um Abwanderung und Perspektivlosigkeit zu stoppen.

154 Campusgrün solidarisiert sich ausdrücklich mit den Studierenden und jungen  
155 Menschen in Ostdeutschland, die oft doppelt kämpfen müssen – gegen materielle  
156 Benachteiligung und gegen rechte Stimmungsmache. An den Universitäten dürfen wir  
157 kein Klima dulden, in dem rechtes Gedankengut salonfähig wird. Campusgrün wird  
158 verstärkt Projekte politischer Bildung und Antidiskriminierung in Ostdeutschland  
159 unterstützen, Bündnisse mit progressiven Initiativen vor Ort eingehen und  
160 sicherstellen, dass der Kampf gegen Rechts im Osten sichtbar und hörbar bleibt

161 und die Interessen von marginalisierten Menschen tatsächlich repräsentiert  
162 werden. Alle Mitgliedsgruppen des Campusgrün-Bundesverbands stehen voll hinter  
163 den ostdeutschen Hochschulgruppen. Wir unterstützen sie finanziell, politisch  
164 und durch gemeinsame Kampagnen, um die ökonomischen und gesellschaftlichen  
165 Herausforderungen vor Ort zu bekämpfen und demokratische Werte zu stärken.

166 **Campusgrün als progressive Kraft in der Zukunft**

167 In dieser schwierigen Lage kommt Campusgrün eine entscheidende Rolle zu. Wir  
168 verstehen uns als **progressive Stimme im Hochschulbereich** – und diese Stimme  
169 werden wir weiterhin laut erheben. Während die Bündnisgrünen auf Bundesebene in  
170 der parlamentarischen Opposition sind, sind wir vor Ort oft die stärkste Kraft  
171 in den Studierendenparlamenten und stellen die ASten, Senator:innen und viele  
172 weitere Positionen. Campusgrün wird die Hochschulen im ganzen Land mobilisieren:  
173 Wir werden Protestaktionen gegen Bildungs- und Sozialkürzungen anstoßen,  
174 studentische Vollversammlungen und Bündnisse organisieren und Druck auf  
175 Hochschulleitungen ausüben, sich klar gegen den Sparkurs aus Berlin zu  
176 positionieren. Wenn Bibliotheksetats gekürzt oder Mensapreise erhöht werden,  
177 werden wir das nicht still hinnehmen, sondern öffentlich skandalisieren.

178 Campusgrün ist die Stimme grün-alternativer Hochschulgruppen auf **Bundesebene** und  
179 wird innerhalb der grünen Familie konsequent soziale Gerechtigkeit und  
180 Solidarität einfordern – im engen Austausch mit Grüner Jugend, Bündnis 90/Die  
181 Grünen, dem freien Zusammenschluss von Student\*innenschaften und  
182 zivilgesellschaftlichen Akteur:innen. Als **progressiver Impulsgeber gegenüber der**  
183 **Grünen Partei** werden wir klare Forderungen stellen: Die grüne Opposition muss  
184 die Anliegen der Studierenden aufgreifen – von der BAföG-Reform über bezahlbares  
185 Wohnen bis zur psychischen Gesundheit. Campusgrün wird entsprechende Anträge und  
186 Initiativen einbringen, sei es auf Parteitage oder in Gesprächen mit Grünen-  
187 Abgeordneten. Unsere Botschaft: Die Bündnisgrüne Partei darf die junge  
188 Generation nicht enttäuschen, sie muss uns aktiv vertreten!

189 Campusgrün fordert von Bündnis 90/Die Grünen eine starke, progressive  
190 Oppositionsarbeit im Bundestag – mit klarer Haltung für soziale Gerechtigkeit,  
191 Klimaschutz und Bildung. Gerade aus Hochschulperspektive ist entscheidend, dass  
192 Kürzungen im Bildungsbereich konsequent kritisiert und mutige Alternativen wie  
193 eine echte BAföG-Reform eingebracht werden. Wir erwarten, dass sich die  
194 Bündnisgrünen sichtbar an Protesten beteiligen und eigene Akzente setzen – für  
195 Studierende, für den Osten, für eine lebenswerte Zukunft. Als Campusgrün  
196 begleiten wir diesen Kurs konstruktiv-kritisch, unterstützend, wo er überzeugt –  
197 und deutlich, wo er zu zaghaft bleibt.

## **Begründung**

erfolgt mündlich